

Erklärung zu TOP 4 der 18.Sitzung des Landschaftsbeirates des Kreis Düren am 09.09.2009

Naturschutzverbände BUND und NABU kritisieren TOP 3 / TOP 4 der Tagesordnung

Beschlussvorschläge des Landschaftsbeirates zum Neubau einer Hähnchenmastanlage und Mistlagerhalle in Vettweiß-Müddersheim

Die Dürener Kreisgruppen der anerkannten Naturschutzverbände Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) werden den geplanten Tagesordnungspunkten TOP 3 und TOP 4 nicht zustimmen.

Als Begründung sind die folgenden Punkte maßgeblich für diese Entscheidung:

Die Darlegungen unter TOP 3 zum geplanten Neubau einer Hähnchenmastanlage bei Vettweiß Müddersheim sollen absolut einseitig nur aus Sicht des Antragstellers dargestellt werden. Neben der knappen Frist, in der sich die Beiratsmitglieder mit der Konzeption befassen konnten, wie auch in der mangelnden Vollständigkeit der zum Beschlussvorschlag notwendigen Unterlagen verbietet sich eine ordnungsgemäße und verantwortungsvolle Zustimmung fast schon von selbst. Im Weiteren fehlt, wie in ähnlichen Fällen üblich, eine Stellungnahme oder Beschlussempfehlung der ULB zum vorliegenden Antrag, wie auch zumindest Auszüge aus den aussagekräftigsten Stellungnahmen, wie z.B. BUND, NABU, Tierschutzverein, Biologische Station, Bürgerinitiativen, etc.

Es wird weiterhin erheblich bezweifelt, dass nach einer Vorstellung der beschriebenen Artenschutzrechtlichen Fachbeiträge ausschließlich durch den Antragsteller objektiv dargestellt werden können, da eine Miteinbeziehung der jeweiligen Gutachter nicht vorgesehen ist. Die anschließend geplante Möglichkeit zur Erörterung von Sachverhalten und Zusammenhängen scheint aus diesem Grund nicht möglich.

Im Hinblick auf die zu TOP 4 kritisierten Punkte, wird den Mitgliedern des Landschaftsbeirates nun auch noch ein Beschlussvorschlag gemacht, von ihrem Widerspruchsrecht zur Erteilung der beabsichtigten Befreiung zur Verlegung der Versorgungsleitungen keinen Gebrauch zu machen.

Die Naturschutzverbände stellen fest, dass diesem Beschlussvorschlag nicht zugestimmt werden kann, weil die Anlage als solche nicht genehmigt ist. Bevor es eine Zustimmung zur frühzeitigen Verlegung von Versorgungsleitungen geben kann, sollte diese aber vorliegen.

Wesentlicher Ablehnungsgrund für BUND und NABU ist bereits der Schluss, dass die geplante Hähnchenmastanlage bei Vettweiß Müddersheim nicht genehmigt werden kann, hierzu waren bei der eigenen Beurteilung die Ergebnisse aus den artenschutzrechtlichen Gutachten des Investors wie auch dem Gegengutachten der örtlichen Bürgerinitiative maßgeblich.

Die in den Fachbeiträgen erhobenen Daten sind hinsichtlich ihrer Erfassung vergleichbar und beinhalten nur wenige Unterschiede, lediglich in der Bewertung gibt es erhebliche Unterschiede. Aufgrund der bislang vorliegenden Sachverhaltsfeststellungen ist davon auszugehen, dass die Bördelandschaft im Kreis Düren für mindestens sechs Arten (Goldregenpfeifer, Grauammer, Kornweihe, Merlin, Wiesenweihe und Wachtel) die Kriterien für die Annahme eines „faktischen Vogelschutzgebietes“ erfüllt.

Unbeschadet der Feststellung, dass das Vorhaben aufgrund der Existenz eines faktischen Vogelschutzgebietes bereits unzulässig ist, verstößt es laut den Naturschutzorganisationen auch gegen die sonstigen Artenschutzvorschriften, insbesondere dem Zugriffsverbot des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Hieran vermögen die im Gutachten des Investors angedachten Ausgleichsmaßnahmen nichts zu ändern, denn sie rechtfertigen keine Ausnahme von den einschlägigen artenschutzrechtlichen Verboten. BUND und NABU gehen fest davon aus, dass die Genehmigungsbehörde den Antrag ablehnen wird. Im Übrigen wären die vorgesehenen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen in keiner Weise geeignet, Verbotstatbestände zu verhindern und die durch die geplante Mastanlage entstehenden Beeinträchtigungen planungsrelevanter Vogelarten auszugleichen. Sie müssten, abgesehen von ihrer mangelnden Zulässigkeit, die Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätte vollständig ersetzen und es darf keine zeitliche Lücke zwischen dem Verlust der alten Lebensstätte und der Funktionsfähigkeit der neuen Lebensstätte verbleiben. Das Gegenteil wäre bei der Planung der geplanten Mastanlage der Fall.

Wichtig ist es beiden Verbänden für die Zukunft, dass nun mit Sorgfalt seitens der Verwaltung mit dieser Erkenntnis in Berücksichtigung auch auf weitere Bauvorhaben umgegangen wird. Zudem ist im Bereich der Zülpicher Börde der weiteren Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft Einhalt zu gebieten. Vor allem gilt es gezielte Schutzmaßnahmen für die Vögel der Feldflur einzuleiten. Es muss alles getan werden, um in der Zülpicher Börde die artenreiche Vogelwelt zu erhalten und zu fördern.

Vor diesen Hintergründen kann der Landschaftsbeirat auf sein Widerspruchsrecht im vorliegenden Fall nicht verzichten. Die Errichtung von Versorgungsleitungen, auch wenn auf „eigenes Risiko des Investors“, ist für eine offensichtlich nicht genehmigungsfähige Anlage absolut widersinnig.